WP-01-K1-214

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum:	03.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 213 bis 215 einfügen:
Konsistenz und Vereinfachung bei der Sustainable-Finance-Regulierung auf europäischer und internationaler Ebene ein, mit Fokus auf Wirkung und Effizienz. Gleichzeitig wollen wir Greenwashing, speziell im Finanzbereich, effektiver vorbeugen. Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt

Begründung

Die Nachfrage nach nachhaltigen Geldanlagen wird über alle Asset-Klassen hinweg immer größer. Gleichzeitig fehlt, aufgrund der Komplexität des Kapitalmarkts und seinenvielfältig gestalteten Produkten, häufig die Transparenz für Anleger*innen.

Die Kombination aus erhöhter Nachfrage und mangelnder Transparenz führt dazu, dass auf dem Markt viele Angebote als „nachhaltig“ oder „sustainable“ beworben werden, es im Kern aber nicht sind. Es ist die Sprache von Greenwashing.

Die Bürgerinitative Finanzwende e.V. schreibt dazu folgendes:

„**Greenwashing untergräbt oft die ökologischen und sozialen Bemühungen von Anleger*innen. Das kann und muss eine aktive Finanzaufsicht verhindern.**

Nachhaltige Geldanlagen boomen. Doch leider boomt auch das Greenwashing. Zu gut klingen häufig die Begriffe der Anbieter*innen rund um Nachhaltigkeit oder Klima. Und oft entdecken Anleger*innen erst, wenn das Geld schon investiert ist, dass es in klimaschädliche Ölkonzerne oder an bekannte Menschenrechtsverletzer fließt. Solches Greenwashing ist weit verbreitet und mit dafür verantwortlich, dass heute viele nachhaltige Geldanlagen mit Skepsis sehen.„

[…]

Das Ergebnis der Studie macht Mut: **Wir sind nicht machtlos gegen Greenwashing. Eine aktive Finanzaufsicht macht den Unterschied.** Sie kann falsche grüne Versprechen aus dem Markt drängen. Sie ist dafür der wichtigste Hebel, der bisher allerdings noch kaum genutzt wird.„

(Quelle: Standpunkt: Finanzaufsicht gegen Greenwashing)

Mit dem Änderungsantrag wollen wir Klarheit im Programm, dass wir Grünen uns gegen die Praxis des Greenwashings einsetzen sowie für mehr Transparanz und somit Schutz für Anleger*innen sorgen.

Die bereits bestehende Regulierung im Bereich „Sustainable Finance“ muss dafür konsequent durchgesetzt werden. Das erreichen wir mit einer besseren Ausstattung und mehr Befugnissen der Finanzaufsicht.